

Pressemeddelelse
Kiel, 14.09.2017

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Steigende Gesundheitskosten müssen auf alle Schultern verteilt werden

Zur heutigen Vertagung der Beratung im Sozialausschuss zur Einführung einer Bürgerversicherung und zur Parität in der GKV (Drs. 19/68) erklärt der sozialpolitische Sprecher des SSW im Landtag, Flemming Meyer:

Es lässt schon tief blicken, wenn die Jamaika-Koalition ein so zentrales Gerechtigkeitsthema auf den Skt. Nimmerleinstag verschiebt. Damit bezahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland vermutlich ein weiteres Jahr bis zu 560 Euro zusätzlich für Ihre Krankenversicherung, während der Beitrag der Arbeitgeber seit über 10 Jahren unverändert ist. Faktisch kommen damit allein die gesetzlich Versicherten für die allgemein steigenden Gesundheitskosten auf. Das hält der SSW für absolut ungerecht.

Wir fordern deshalb, dass endlich Schluss sein muss mit den einseitigen Zusatzbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Menschen werden immer älter, und die Zahl der Krankheiten wird weiter zunehmen. Allein die Zunahme bei demenziellen Erkrankungen oder Diabetes werden uns schon bald viele zusätzliche Milliarden kosten. Deshalb müssen wir langfristig zu einer wirklich solidarischen Bürgerversicherung

kommen. Für uns ist völlig klar, dass die stärksten Schultern auch die größten Lasten tragen müssen. Wir halten es für den besseren Weg, wenn die Bürgerinnen und Bürger über Steuern zum Sozialwesen beitragen, statt leistungsstarke Gruppen durch Privatversicherungen davon auszunehmen. Es ist ganz klar Aufgabe des Staates auch an die Menschen zu denken, die keine starke Lobby haben und besonderer Hilfe bedürfen.